



Vorschläge für eine in die Zukunft gerichtete Infrastrukturpolitik

Gemeinsame Vorschläge von BASF SE, DTAG, E.ON SE

Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit beruhte über Jahrzehnte hinweg auf einer sehr gut ausgebauten und verlässlich operierenden Infrastruktur insbes. in den Bereichen Energie, Transport und Telekommunikation. Seit einigen Jahren droht dieser Wettbewerbsfaktor, sich ins Gegenteil zu verkehren. Die vielfach unzureichende Infrastruktur wird zum Wachstumshemmnis. Der schwierige Aus- und Aufbau neuer Infrastrukturen in Deutschland gefährdet aufgrund der hohen Kosten und vieler administrativer Hürden die Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere in der Industrie. Gleichzeitig braucht Deutschland dringend diesen weitreichenden Ausbau, eine umfassende Modernisierung und eine schnelle Smartifizierung seiner Infrastruktur. Dies ist die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und für das Gelingen der Transformation in Richtung Klimaneutralität. Der Telekommunikationssektor, die Stromnetze – und hier insbesondere die Verteilnetze –, die Stromspeicher, die Infrastruktur für den Transport und die Speicherung von Wasserstoff sowie von CO₂ und die Recycling-Infrastruktur nehmen dabei eine herausragende Rolle ein.

Der infrastrukturelle Handlungsbedarf in diesen Bereichen, der aus den kontinuierlich steigenden Anforderungen entsteht, ist enorm. Schon heute kann Deutschland in Bezug auf wesentliche Standortfaktoren – insbesondere überbordende administrative Anforderungen, Steuerbelastung und Preise für Energie/Rohstoffe - nicht mit den Spitzenstandorten in Nordamerika, anderen Teilen Europas und in Asien mithalten. Beim Thema Infrastruktur vergrößert sich der Abstand zu den Spitzenstandorten sogar (Quelle: ZEW Mannheim, 2023). Um diesen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch eine nicht zukunftsfähige Infrastruktur zu überwinden, sind die folgende Schritte notwendig:

1. Infrastrukturaufbau und -modernisierung durch verbesserte Rahmenbedingungen und Anreize für Investitionen beschleunigen

Die Bundesregierung ist gefordert, die Regulierung der Telekommunikations- und Energiemärkte neu auszurichten und an die neuen Herausforderungen der notwendigen Investitions- und Modernisierungsoffensive anzupassen. Für den Telekommunikationsmarkt ist der funktionierende Infrastrukturwettbewerb abzusichern und der Abbau von staatlicher Regulierung umzusetzen. Fördermittel sind zu begrenzen und eng zu fokussieren, um den privatwirtschaftlichen Netzausbau nicht zu verdrängen.

Für den Energiesektor ist auch zu klären, wie Sonderbelastungen durch die Transformation hin zu mehr Klimaschutz finanziell abgedeckt werden können. Denn ohne Modernisierung der Finanzierungssystematik führen der notwendige Ausbau der Stromnetze und die Finanzierung von verschiedenen Systemdienstleistungen in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren zu kontinuierlich steigenden **Netzentgelten**. Dies belastet nicht zuletzt auch die Transformation hin zu strombasierten Verfahren in der Industrie. Angesichts der politisch vorgegebenen Sonderbelastungen für gleich mehrere Energieinfrastrukturen ist die Bundesregierung gefordert, mittelfristig ein Konzept zur Co-Finanzierung von Netzinfrastrukturen aus dem Bundeshaushalt zu erarbeiten. Für das Wasserstoffkernnetz ist der vorgeschlagene Weg des staatlichen De-Riskings hoher Startinvestitionen richtig. Für die Stromnetze können die Transformationskosten, die bisher über die Netzentgelte gewälzt werden (z.B. Ausgleich für Einspeisemanagement, Ausgleichsenergie, Counter-Trading, Redispatch etc.) vom Staat übernommen werden.



Die Übertragungsnetzbetreiber könnten dafür eine jährliche „Transformationskostenabrechnung“ an den Bund stellen, damit die Netzentgelte möglichst stabil bleiben.

2. Deutschlands- und Europas Position auf den globalen Kapitalmärkten verbessern: Die Kapitalmarktunion vervollständigen

Für den Ausbau, die Modernisierung und die Smartifizierung der Infrastruktur entsteht ein hoher Finanzierungsbedarf. Den Hauptteil wird privates Kapital tragen müssen. Vor diesem Hintergrund sind weitere Fortschritte bei Vollendung der europäischen Kapitalmarktunion unerlässlich, damit es Deutschland und Europa gelingen kann, auf dem globalen Kapitalmarkt Wettbewerbsfähigkeit aufzuholen.

3. Verwaltungsprozesse beschleunigen und entbürokratisieren: klare Impact-Orientierung, mehr Ermessensspielräume, politische Priorisierung von Zielen, durchgehende Digitalisierung, AI als Mittel gegen Personalmangel

Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren sind der Flaschenhals bei der Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen. Der „Deutschlandpakt“ von Bund und Ländern zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung bietet konkrete und wertvolle Einigungen, die unverzüglich und vollumfänglich umzusetzen sind. Deren Vorteile und Zielrichtung müssen aber auf allen Netzebenen und auch bei allen Genehmigungsbehörden ankommen.

Hervorheben möchten wir an dieser Stelle die folgenden fünf Punkte:

- (1) Neue gesetzliche Vorgaben sind so zu formulieren, dass sie einfach anwendbar sind und eine echte Wirkung in Bezug auf das eigentliche politische Ziel entfalten. Neue Reporting- oder Dokumentationspflichten ohne diese Wirkung sind zu vermeiden und bestehende zu reduzieren. Sie belasten Unternehmen und Behörden, ohne einen Mehrwert zu erbringen.
- (2) Eine zu kasuistische, also den Einzelfall regelnde Herangehensweise ist zu vermeiden. Stattdessen sollten sich gesetzliche Vorgaben auf die Aufstellung von Grundsätzen beschränken, hinsichtlich deren Erfüllung Unternehmen und Behörden einen Ermessensspielraum haben. Damit Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter diesen Spielraum nutzen, braucht es eine neue Verwaltungspraxis, in dessen Mittelpunkt insbesondere eine konstruktive Fehlerkultur stehen sollte. Dies erfordert Klarheit bezüglich möglicher rechtlicher Konsequenzen von Verwaltungsentscheidungen, um ein „Empowerment“ der zuständigen Verwaltungen zu ermöglichen.
- (3) Hingegen ist die Hierarchisierung von Zielen und die Abwägung von Schutzgütern eine politische Aufgabe und sollte nicht auf die Behörden delegiert werden. Denn hieraus resultiert eine strukturelle Überforderung insbesondere von Landes- und Kommunalebene. Maßnahmen zum Infrastrukturausbau, ihrer Modernisierung und Smartifizierung sollten daher als „im überragenden öffentlichen Interesse liegend“ deklariert werden.
- (4) Verwaltungsprozesse sollten durchgehend digitalisiert werden. Medienbrüche sind zu vermeiden. Standardprozesse und -projekte sollten zentral entwickelt werden und dann deutschlandweit ausgerollt werden – notfalls auch per Weisungen.
- (5) Kurzfristig brauchen die Behörden in Deutschland deutlich mehr qualifiziertes Personal. Strukturell kann dem Personalmangel aber nur begegnet werden, wenn Genehmigungsvorgaben von vorneherein so angelegt werden, dass sie auch von Künstlicher Intelligenz ausgeführt werden können. Damit, regulatorische Vorgaben „AI-ready“ auszugestalten, sollte sofort begonnen werden.



Die genannten Aspekte sollten bei der Festlegung neuer Normen, aber auch rückwirkend Anwendung finden – im Sinne einer echten Verwaltungsmodernisierung müssen auch bestehende Vorschriften systematisch überarbeitet werden.

4. Naturschutzrecht standardisieren, Bau- und Verwaltungsrecht umfassend und bundesweit vereinfachen.

Natur- und Artenschutzvorschriften sowie das geltende Baurecht sind Hauptursachen für lange Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie deren gerichtliche Anfechtbarkeit. Sie schränken die Auswahl von Trassenführung und Maststandorten oftmals unverhältnismäßig ein und verzögern Planung und Bau. Unternehmen und Behörden benötigen standardisierte, praktikable und effektiv durchsetzbare Vorgaben zum Umgang mit den komplexen artenschutzrechtlichen Vorgaben – ohne den Umweltschutz aus den Augen zu verlieren. Auch diesbezüglich ist eine KI-Fähigkeit mitzudenken. Um den Gedanken einer klaren und über den Einzelfall hinausreichenden Schutzgüterpriorisierung noch mehr Geltung zu verschaffen, ist eine entsprechende Überprüfung des europäischen und internationalen Natur- und Artenschutzrecht vorzunehmen.

5. Öffentliche Akzeptanz von Infrastrukturmaßnahmen steigern

Der Infrastrukturausbau wird durch Teile der Gesellschaft kritisch gesehen, was im schlechtesten Fall zu Bürgerprotesten und Gerichtsverfahren führt. Dadurch kommt Netzausbau nicht im notwendigen Umfang und mit dem nötigen Tempo voran. Ein gemeinsamer, breiter Dialog von Politik, Netz- und Telekommunikationswirtschaft, Industrie, Kommunen und Verbänden mit den Bürgerinnen und Bürgern muss etabliert werden.

6. Sicherheit und Resilienz der Netze stärken

Die Infrastruktur ist besonders Angriffen von außen, vor allem Cyber Attacken, ausgesetzt. Diese Bedrohungssituation erfordert schnelles, flexibles Handeln und schlanke Strukturen. Im Einzelnen:

- Die staatliche Cyber-Security-Kompetenz muss an einer Stelle gebündelt werden, sonst verlieren wir den Fokus und kannibalisieren uns gegenseitig. Der nahezu rein deutsche Blick muss aufhören.
- Der Regulierungsrahmen muss harmonisiert und gestrafft werden. Es darf keine Doppelregulierung oder gar Widersprüche zwischen europäischer und nationaler Ebene geben (z.B. Transparenzpflichten vs. Schutz Kritischer Infrastruktur).
- Die vielen Meldewege von heute müssen harmonisiert werden und auch den Rückfluss zu den Unternehmen sicherstellen. Eine effektive Prävention setzt ein vollständiges Lagebild bei allen Akteuren voraus, das zeitnah und umfassend über Details zur Bedrohung informiert.
- Bürokratismus führt heute zu erheblichen Verzögerungen, angedachte Genehmigungsprozesse für bestimmte Komponenten (bis zu 4 Monate) verschlimmern die Situation und betreffen sogar Cyber-Security-Lösungen. Für einen schnelleren digitalen Ausbau und eine schnellere Reaktion auf Cyberbedrohungen sollten die Beschaffungsprozesse in der unternehmerischen Verantwortung belassen werden.
- Für die Abwehr feindlicher staatlicher Akteure oder terroristischer Vereinigungen müssen die Unternehmen im Sinne geeigneter Abwehr- bzw. Abschreckungsmechanismen unterstützt



werden, z.B. mit Treibstoffversorgung, Betriebsfahrzeugen, oder die Unterstützung durch Bundeswehr/Polizei. Der Zugang zu Detailinformationen über Lage und Bedeutung der Netze sollte zudem neu und restriktiver geregelt werden.

- Die Sicherheitsregulierung sollte die komplette digitale Wertschöpfungskette und nicht nur KRITIS-Betreiber betreffen. Soft- und Hardwareprodukten müssen von Grund auf sicher gestaltet werden (Security by Design) und während des kompletten Lebenszyklus sicher gehalten werden können.
- Der Staat muss dringend Rahmenbedingungen schaffen, um den Fachkräftemangel im Bereich der Sicherheitsexperten auszugleichen, bspw. durch Ausbildungsinitiativen und Beschäftigung ausländischer Fachkräfte, sowie F&E Förderung.

Stand 19.03.24